

B-15 Gesetzliche Verankerung von Kinderrechten in Verfassung, Schulgesetz und KiBiz.

Gremium: LAG Bildung

Beschlussdatum: 08.05.2021

Tagesordnungspunkt: NRW zukunftsfit machen – mit diesen Projekten fördern wir gerechte Bildung, die für ein Leben im Wandel rüstet (Bildung, Kita, Wissenschaft, Hochschule, ...)

Kurzbeschreibung des Projekts, inklusive Beschreibung des Alltagsbezugs/-nutzen für die Wähler*innen

Das Land sorgt dafür, dass Kinder ihre Rechte zur Mitgestaltung von Bildungsprozessen (sowie anderen Entwicklungen in Gemeinde und Stadtteil) wahrnehmen können. Für Schule und KiTa werden Klassenräte und Gruppenräte sowie weiterführende Instrumente der Partizipation und Teilhabe gesetzlich ermöglicht. Zur Begleitung wird das Landesprogramm „Kinderrechte“ ausgebaut.

Welches übergeordnete Ziel setzt das Projekt um (z.B. Verkehrswende)?

NRW wird Vorreiter für Kinderrechte, auch in Schule und KiTa.

Das bis 2023 laufende Landesprogramm „Kinderrechte“, erfolgreiche Projekte der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik, des Kinderschutzbundes und anderer Partner, auch Fridays for Future. Nach derzeitigem Stand unzureichend: Verfassungsänderung auf Bundesebene.

Worin besteht der Beitrag zur Schärfung des grünen Profils, worin die Möglichkeit der kommunikativen

Zukunftsfähige Demokratie braucht die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, von Anfang an. Hohe Zustimmungswerte bei allen Organisationen, die sich für Kinder einsetzen, Stärkung von Kinderselbstorganisationen.

Wie wird das Projekt konkret umgesetzt (verwaltungstechnisch, rechtlich, finanziell, zeitlich)?

Verfassungsänderung ist nicht Voraussetzung, wird aber unterstützen. Für Schule und KiTa umsetzbar über Gesetzesänderungen von Schulgesetz und KiBiz. Möglich im Zuge von ohnehin erforderlichem (Artikel-)Gesetz bis Sommer 2023. Beteiligung von Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik, UNICEF, National Coalition, Fridays for Future etc. Bereitstellung von zusätzlich

200.000 EUR für das Landesprogramm Kinderrechte (läuft zurzeit bis 2023), Einbeziehung von KiTas und Sekundarschulen.

Unterstützer*innen

Roland Pfeffer (KV Kleve); Manuela Königer (KV Siegen-Wittgenstein)